

Institut für Staatspolitik

Wissenschaftliche Reihe – Heft 1



# Zuwanderung nach Deutschland

Chancen Mythen Risiken

IFS

---



# Zuwanderung nach Deutschland

Chancen Mythen Risiken

*Wissenschaftliche Reihe – Heft 1*  
*Arbeitsgruppe 3: Zuwanderung und Integration*

---

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda  
Fax 034632-90941 · [www.staatspolitik.de](http://www.staatspolitik.de)

# Inhalt

Einleitung .....	3
1. Konfliktpotentiale .....	4
1.1 Massenzuwanderung .....	4
1.2 Ghettoisierung .....	4
1.3 Polarisierung .....	4
1.4 Mobilisierung .....	5
2. Die Mythen der Zuwanderung .....	6
2.1 Der Verjüngungsmythos .....	6
2.2 Der Bereicherungsmythos .....	7
2.2.1 <i>Kulturelle Bereicherung</i> .....	7
2.2.2 <i>Ökonomisch-fiskalische Bereicherung</i> .....	10
3. Multikulturalismus .....	14
4. Denkfehler und verhärtete Ideologie .....	15
4.1 Integrationsfortschritt durch Globalisierung .....	15
4.2 Integrationsfortschritt als unumkehrbarer Gewinn .....	15
4.3 Die USA als Erfolgsmodell und Vorbild .....	17
5. Denkfehler in Korrekturmodellen .....	19
5.1 Verständnis durch Kontakt .....	19
5.2 Regulierung durch ökonomische Maßnahmen .....	19
5.2.1 <i>Einfluß von Kultur auf ökonomische Entwicklungen</i> .....	20
5.2.2 <i>Inhärenter Wettbewerb im ökonomischen Alltag</i> .....	20
6. Die Zukunft: Eigenschaften der neuen Gesellschaft .....	22
7. Literatur .....	24
8. Anmerkungen .....	25
9. Graphiken .....	28

# Einleitung

Diese Studie befaßt sich mit den übertriebenen Erwartungen und dem unterschätzten Konfliktpotential in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft. Sie beruft sich dabei auf internationale Erfahrungen, Quellen und Experten, vor allem aus dem angelsächsischen Raum. Die Debatte über mögliche Fehleinschätzungen und übertriebene Erwartungen wird dort realistischer geführt als in Deutschland. Denn Zuwanderung kann positive Auswirkungen haben, aber auch Länder destabilisieren.

Die aktuelle Debatte in Deutschland darüber, ob Einwanderung überhaupt zu einem Kernthema der Politik gemacht werden darf, beweist Defizite im Umgang mit einem existentiell wichtigen Thema. Begriffe wie „kulturelle Kompatibilität“ oder „Ethnonationalismus“ sind noch nicht in die Argumentationen aufgenommen worden.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich Deutschland zum bedeutendsten Einwanderungsland der Welt entwickelt und hat mehr Einwanderung pro Kopf der Bevölkerung aufzuweisen als die traditionellen Einwanderungsländer USA, Kanada oder Australien.<sup>1</sup>

Schwerpunkt der folgenden Ausführungen ist die Auswirkung der Einwanderung nach Deutschland. Diese Studie stellt die Frage, ob die Folgen dieser Migration auf Dauer den Menschen, Einheimischen wie Eingewanderten, eine bessere Zukunft ermöglichen.

# 1. Konfliktpotentiale

Zuwanderung, Assimilation und Integration laufen nicht konfliktfrei ab. Konflikte, die aus Wanderungsbewegungen entstehen, zeigen regelmäßig bestimmte Verlaufsformen. Ihre Ansätze sind auch in Deutschland sichtbar:

## 1.1. Massenzuwanderung

Entscheidend für das Verhalten von Einwanderergruppen im Gastgeberland ist zuerst die zahlenmäßige Stärke im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung, denn Einstellungen und Verhalten der Einwanderer wie auch der Einheimischen ändern sich im direkten Verhältnis zur demographischen Entwicklung.<sup>2</sup>

Hinzu treten Probleme der kulturellen Inkompatibilität: Zuwanderung führt anfangs zum relativen, oft auf den Arbeitsplatz beschränkten kulturellen Austausch, dann jedoch meist zu gegenseitiger Ablehnung, wenn die grundsätzliche Übereinstimmung in Wertefragen (Rechte und Pflichten, prinzipielle Gleichstellung der Geschlechter, Trennung von Religion und Staat, Verhältnis zum Eigentum) nicht gegeben ist.

## 1.2. Ghettoisierung

Wenn Wertesysteme so unterschiedlich sind, daß der Integrationswille beiderseits nicht zustande kommen kann oder die Ausnahme bleibt, ist Ghettoisierung unvermeidlich. Ethnisierung der Großstädte ist eine Konsequenz. So verzeichnet ein Artikel in der *tageszeitung*, daß in Deutschlands Städten inzwischen sogar der linksalternative Mittelstand die Flucht aus den innerstädtischen Gebieten ergriffen hat.<sup>3</sup>

Oft sind Einwanderungsgruppen aufgrund wirtschaftlicher Faktoren besonders in den sozial schwächeren Stadtteilen angesiedelt. Ethnisch geschlossene Wohngebiete und Siedlungsmuster sind ein Merkmal aller multiethnischen Staaten und bisher immun gegen Versuche der Auflösung geblieben.

## 1.3. Polarisierung

Polarisierung entsteht, wenn es im Wettbewerb um Arbeitsplätze, Wohnungen und Sozialleistungen zu Gefühlen der Bedrängnis, der Benachteiligung oder zu Interessengegensätzen kommt. Auch hier protokolliert bereits das traditionell linke Spektrum ein Unbehagen unter Einheimischen darüber, daß Einwanderer das Straßenbild bestimmen und mit ihren Werten dominieren. Die unterschiedliche demographische Entwicklung der Deutschen im Vergleich etwa zur größten Ausländergruppe, der Türken, beschleunigt Verschiebungen der psychologischen Machtverhältnisse und Einflußsphären.

#### 1.4. Mobilisierung

Die Ethnisierung oder ethnische Mobilisierung entsteht aus dem Bewußtsein inkompatibler Ziele der jeweiligen Gruppen im Wettbewerb um Ressourcen. Insgesamt ist die ethnische Mobilisierung unter den Türken in Deutschland höher als unter der deutschen Bevölkerung. Außerdem findet sich in der türkischen Gruppe auch mehr Zustimmung für radikales, religiöses oder nationalistisches Gedankengut.<sup>4</sup> Dies hängt mit der „psychologischen Geographie“ der Einwanderungsgruppen zusammen und kann zu dem Wunsch führen, dem von der eigenen Gruppe besiedelten Teil des Gastlandes als „neuer Heimat“ verstärkt die Kernwerte der „alten Heimat“ zu verpassen.

Im Falle der türkischen Diaspora in Deutschland ist man schon im problematischen Stadium der Entwicklung. Wurde Europa anfangs nicht als Gebiet des Islam (Dar al-Islam) betrachtet, so hat sich das jetzt geändert: Muslime fühlen sich heimisch in Deutschland und wollen dennoch stärker nach ihrem Recht, der Schariah, leben als bisher. Zu dieser Auswirkung einer veränderten psychologischen Geographie gehört auch der Ruf nach „islamisch befreiten Zonen“ in den Großstädten Deutschlands.<sup>5</sup> Der Mitgliederbestand in extremistischen Ausländerorganisationen ist nicht nur sehr hoch (etwa 60.000, davon etwa 31.000 islamische Fundamentalisten), sondern stellt, laut US-Terrorismusexperte Walter Laqueur,<sup>6</sup> ein weitaus vielfältigeres Konfliktpotential dar als die Extremismen der Deutschen.

In diesen Zusammenhang gehört auch der Transfer von Konflikten.<sup>7</sup> Die Entwicklung fördert ethnische Enklaven und berührt Loyalitätsfragen von nationalem Interesse. Radikale Kurden entscheiden sich im Ernstfall nicht für den deutschen Rechtsstaat, sondern für den verlagerten Kampf ihrer Nation. Das entspricht internationaler Erfahrung. Der Glaube, daß dies in Deutschland anders sein könnte, grenzt an multikulturelle Endsiegmentalität und widerspricht den internationalen Erfahrungen mit ethnischen Konflikten.

## 2. Die Mythen der Zuwanderung

Zuwanderung verläuft nicht konfliktfrei. Deshalb muß es gewichtige Vorteile geben, die den Versuch einer massenhaften Integration rechtfertigen. Es gibt viele Mythen, die von Befürwortern der Zuwanderung vorgebracht werden. Zwei herausragende sind:

1. Der Verjüngungsmythos
2. Der Bereicherungsmythos

### 2.1. Der Verjüngungsmythos

Der sogenannte „demographische Faktor“, also das Altern der Deutschen und der dadurch herbeigeführte Kollaps der Rentenstrukturen wird oft als Rechtfertigung weiterer Zuwanderung vorgetragen. Die Zuwanderung führt aber kaum zur „Verjüngung“ einer rapide alternden Bevölkerung, wie oft behauptet wird. Auch fünfzehn Millionen Zuwanderer bis 2040 (statt der geschätzten zehn Millionen) würden laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes das Durchschnittsalter in Deutschland lediglich von 68 auf 65 vermindern.

Darüber hinaus muß klar sein, daß die Entscheidung für einen Ausgleich durch Zuwanderung nicht einen einmaligen, sondern einen jährlichen Zuzug notwendig macht. Der Bamberger Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid weist darauf hin, daß demographischer „Ersatz“ zwecks Ausgleich der Altersstruktur von seinem Quantum her weder zu administrieren noch zu integrieren sei.<sup>8</sup> Auch der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg von der Universität Bielefeld erteilt Vorstellungen von der Verjüngung durch Zuwanderung eine Absage: „Zu glauben, Migration sei langfristig ein wirksames Mittel gegen den Bevölkerungsschwund, ist ein Trugschluß. Einzig und allein höhere Geburtenraten dienen langfristig als wirksames Mittel gegen die Überalterung der Bevölkerung.“<sup>9</sup>

Um die Sozial- und Rentenkassen stützen zu können, müßten die Zuwanderer sich im gleichen Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil (und gemessen an der Beschäftigungsquote der Deutschen) in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen befinden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Waren im Jahre 1970, bei einer ausländischen Wohnbevölkerung von 2.976.000, insgesamt 1.839.000 Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, so waren es im Jahre 1999 lediglich 2.015.000, bei einer Wohnbevölkerung, die inzwischen auf rund 7.344.000 angestiegen ist.<sup>10</sup>

Die Belebung des Arbeitsmarktes hat 1999 zu keinem Anstieg der sozialversicherten Beschäftigung unter Ausländern geführt, nachdem seit 1995 die Zahl der erwerbstätigen Ausländer ständig gesunken ist. Der momentane Rückgang

der allgemeinen Arbeitslosenzahlen ist bei Ausländern weniger ausgeprägt als bei Deutschen. Dies führt zu einem spürbaren Anstieg der relativen Differenz zwischen der Arbeitslosenquote insgesamt und der der Ausländer. Diese erreicht mit 109 % derzeit einen neuen Rekordwert.<sup>11</sup>

## 2.2. Der Bereicherungsmythos

Der Bereicherungsmythos geht davon aus, daß die einheimische Bevölkerung von der Gegenwart vieler Zuwanderer profitiert. Der Zugewinn erfolgt demnach

1. im kulturellen,
2. im wirtschaftlich-fiskalischen Bereich.

Beide Dimensionen halten jedoch einer kritischen Analyse nicht stand.

### 2.2.1. Kulturelle Bereicherung

Die Geschichte der Menschheit als kultureller Daueraustausch dient oft als Beweis für positive Auswirkungen der fortgesetzten Zuwanderung. Diese These beruht auf einem einseitigen Geschichtsbild: Die Massenmigration der Europäer in die USA verlief aus eurozentristischer Sicht erfolgreich, während sich die Bereicherungserfahrung für die Ureinwohner in Grenzen hielt. Zum anderen drückt diese These die Erfahrungen einer schmalen Intellektuellenschicht aus: Im universitären Bereich, in Wissenschaft und Forschung, war interkultureller Austausch nie ein Problem.

Man darf in diesem Zusammenhang „Multa“ und „Multum“ nicht verwechseln: Die Gegenwart vieler Kulturen bedeutet nicht automatisch die Gegenwart von viel Kultur. Die nachhaltig positiven Aspekte der relativen Homogenität werden genauso wenig in die Diskussion einbezogen, wie die nachhaltig negativen Realitäten multikultureller Gesellschaften, in denen die emotionale Distanz zwischen den Gruppen sich an deren kultureller Distanz orientiert.<sup>12</sup>

Das Zusammenspiel im Kulturaustausch wird nicht ausschließlich dadurch bestimmt, was eine Kultur einer anderen anbieten kann. Genauso muß gefragt werden, was anzunehmen eine Kultur bereit und – aufgrund ihrer eigenen Prägung – in der Lage ist. Die Problematik der Entwicklungspolitik bietet in dieser Hinsicht sehr viele Beispiele, die über die Grenzen der „Bereicherung“ hinausführen. Der afroamerikanische Ökonom Thomas Sowell benutzt das Beispiel Britanniens unter römischer Imperialherrschaft und erklärt den gesellschaftlichen Zusammenbruch nach Abzug der Römer folgendermaßen: „*These Britons learnt from Rome not the lessons she was able to teach but the lessons their previous teaching enabled them to learn.*“ (Die Briten lernten von Rom nicht das, was Rom lehren konnte, sondern die Lektionen, die aufgrund des kulturellen Stands erlernbar waren.)<sup>13</sup>

Wie ungleich Wertesysteme und Kulturen tatsächlich sein können, zeigt eine Studie über 50 Länder, in der die wichtigsten Werte einer Gesellschaft nach Prioritäten geordnet wurden. Die Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß die

typisch westlichen Werte in der restlichen Welt weniger wichtig sind, daß dagegen kollektives Bewußtsein weltweit hoch geschätzt wird.<sup>14</sup> „Individualismus“ wurde nur in den 19 westlichen Staaten als wichtiger Faktor betrachtet.

Solche Sachverhalte müssen in der Diskussion um eine mögliche kulturelle Bereicherung verstärkt berücksichtigt werden. Realitätsfremd ist es, Faktoren zu unterschätzen, die kollektive Verhaltensmuster und Einstellungen prägen. Beispiele sind ethnische Identität, religiöse und familiäre Bindung, geschlechtstypische Rollenwahrnehmung, Lebensstil, Loyalitätserwartungen, Staats- bzw. Demokratieverständnis.

Werte- oder Kulturinkompatibilität führt zu gesellschaftlichen Funktionsstörungen, die sich anhand bestimmter Symptome bemerkbar machen. Dies sind vor allem Ethnisierungstendenzen entsprechend den Siedlungsmustern, kollektive Leistungsdiskrepanzen, ethnische Mobilisierung oder Ausländerkriminalität. Für diese Phänomene muß eine Vielzahl von Erklärungsfaktoren herangezogen werden. Kulturelle Unterschiede werden dabei – wie gesagt – oftmals vernachlässigt.

Jedenfalls läßt sich an der Tatsache nichts ändern, daß es kaum ein Delikt der Schwer- und Schwerstkriminalität gibt, an dem Ausländer nicht mindestens dreimal häufiger beteiligt sind, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht (vgl. Graphik 1). Insgesamt lag 1998 der Anteil tatverdächtiger Ausländer bei 27,1 %, bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 9 %. Auch hier läßt sich für den Integrationserfolg eine rückläufige Tendenz belegen. 1977 waren 6,4 % Ausländer für 12,1 % der Straftaten tatverdächtig. Wichtig ist dabei, die jahrzehntelang ansässigen, meist integrierten und strafrechtlich unauffälligen Ausländer zu unterscheiden von der Gruppe der Asylbewerber, der Flüchtlinge und der illegal Eingereisten.

Weil oft pauschal von „Ausländerkriminalität“ gesprochen wird, entgehen dem Beobachter aufschlußreiche ethnokulturelle Details. Der PKS-Bericht<sup>15</sup> stellt einen signifikanten Unterschied im kriminellen Verhalten der EU- und Nicht-EU-Ausländer fest (vgl. Graphiken 2 und 3): „EU-Inländer sind vergleichsweise unauffällig, d.h. die Staatsangehörigkeiten aus den 14 weiteren Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die sich in ihrer sozialen Zusammensetzung und kulturell von den Deutschen relativ wenig unterscheiden.“ 1998 machte ihr Anteil an der ausländischen Kriminalstatistik 11,4 % aus, verglichen mit den 25 % aus dem Jahr 1984.<sup>16</sup>

Besonders auffällig ist die Entwicklung im Bereich der Jugendgewalt. Bereits für die Jugendkriminalität liegt der Anteil ausländischer Tatverdächtiger bei 31,6 %. Die Pfeiffer-Studie vom Kriminologischen Institut Niedersachsen bestätigte, daß kulturelle Wertesysteme von zugewanderten „Machokulturen“ sich enorm auf die Jugendgewaltstatistik in Deutschland auswirken. Die ethnische Gruppe, die unter den Jugendlichen und Heranwachsenden am seltensten, auch in der Gesamtopferrate, Verbrechensopfer wird, ist u.a. die Türkische,

während sie gleichzeitig in der Tätergruppe einen dominanten Anteil an den betreffenden Straftaten hat,<sup>17</sup> mit 15,1 % die mehr als dreifache Rate aktiver Intensiv- bzw. Wiederholungstäter, verglichen mit nur 5 % unter Deutschen. Eingebürgerte Deutsche liegen in diesem Vergleich mit 12,5 % an zweiter Stelle, gefolgt von Ausländern aus dem ehemaligen Jugoslawien (12,2 %). Südeuropäische Ausländer haben einen Anteil von 11,9 %, andere Ausländer 9,2 %. Aussiedler aus der ehemaligen UdSSR bilden das Schlußlicht mit 4,5 %. Streng nach ethnischer Zugehörigkeit geordnet, stehen die türkischen Jugendlichen in der Täterquote den deutschen Heranwachsenden im Verhältnis 3,9 zu 1 gegenüber, auch wenn – in absoluten Zahlen ausgedrückt – die Deutschen aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit 1997 in der Dunkelziffer bei Selbstangaben für 57 % der gesamten Gewaltdelikte verantwortlich waren. In der Hellziffer dominieren jedoch Ausländer mit einem Anteil von über 65 % die Gewaltstatistik.<sup>18</sup>

Dieses Phänomen ist nicht nur mit der stärkeren Pazifizierung der Deutschen zu erklären. Es wird vielmehr durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt. Nicht zuletzt wirkt sich dabei die Tatsache aus, daß auf dem Schulhof und in den Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil das Gewaltmonopol unter Jugendlichen *de facto* bei den Zugewanderten liegt. Deutsche meiden Stadtbezirke mit hohem Ausländeranteil. Tatsächlich fallen die Deutschen viel mehr dadurch auf, daß sie in der Opferrate weitaus überrepräsentiert sind. Deutsche Jugendliche befinden sich in der Position des bevorzugten Opfers der „Machokultur“, weil bei ihnen mit relativ wenig Widerstand zu rechnen ist. So gaben kurdische Jugendliche in Celle offen zu, daß sie Deutsche nicht nur als Opfer bevorzugen sondern auch verachten, weil diese sich in der Regel nicht wehren.<sup>19</sup> Eine weitere Studie über das Problemverhalten von Kindern kam zu der Schlußfolgerung, daß deutsche Jugendliche im Vergleich zu den Kindern aus anderen Ländern weniger aggressiv sind.<sup>20</sup> Daraus läßt sich schließen, daß das erhöhte Aggressionspotential ausländischer Jugendlicher kaum auf ein besonders gewaltbereites deutsches Umfeld oder ein xenophobes Gesellschaftsklima zurückzuführen ist.

Vielmehr hat dieses Verhaltensmuster seinen Ursprung darin, daß Menschen nicht automatisch zur Integration neigen, geschweige denn ihre Wertesysteme an die Gastgeberkultur anpassen. Es entstehen kulturelle Konfliktpunkte, wenn Ausländer in Deutschland das Verhalten ihrer Ursprungsländer beibehalten und nicht über die zur Integration notwendigen kompatiblen Wertesysteme verfügen. Dies zeigt sich vor allem in den Konfliktverhaltensformen vieler Ausländer aus „Machokulturen“, die gerade in Gewaltdelikten zur „Verteidigung der Ehre“ besonders stark vertreten sind. Die erzieherischen Antworten des Staates, z.B. durch „Anti-Machokurse“ und ähnliches, zeigen minimale Resultate, weil ein selbstbezogener pazifistischer Ansatz nicht die kulturspezifischen Mindestenner wie „Männlichkeit“ oder „Respekt“ einbezieht und daher am moralischen Koordinatensystem der Zielgruppe vorbeigeht. So vertreten 41 % der tür-

kischen Jugendlichen in Deutschland im Alter 15 bis 21 die Ansicht, daß Gewalt als Mittel zur Durchsetzung religiöser Ziele für sie akzeptabel wäre.<sup>21</sup> Eine Garantie für eine nachhaltige Änderung des Konfliktverhaltens gibt es auch deshalb nicht, weil die Wertekonflikte sich verschieben können, und zwar vom sogenannten „äußeren Wertekonflikt“ (Lösung von Konflikten nach den Sitten und Gebräuchen des Ursprungslandes) durch Widerstand im unmittelbaren Umfeld zum „inneren Wertekonflikt“.<sup>22</sup> Mangelnde Wertkompatibilität ist so das stärkste Argument gegen den immer wieder vorgebrachten Bereicherungsmythos auf kultureller Ebene.

### 2.2.2. *Ökonomisch-fiskalische Bereicherung*

Diese These wird im wesentlichen mit zwei Argumenten begründet.

a) Die Zuwanderer tragen zum Wohlstand bei.

Die Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) weisen einen zuwanderungsbedingten Überschuß für den Staat von etwa 30 Mrd. DM jährlich aus. Grundlage ist die Differenz zwischen den von Ausländern erwirtschafteten Steuern und Abgaben und den in Anspruch genommenen staatlichen Leistungen.<sup>23</sup>

Diese Berechnung enthält nicht die versteckten Kosten der Zuwanderung. Thomas Sowell weist diesbezüglich darauf hin, daß die Bemühungen, inkompatible Kulturen zu assimilieren, diese Gruppen im versteckten Bereich sehr teuer machen. Die indirekten Kosten, die auf den Staat und die Gesellschaft zukommen, verteilen sich beispielsweise auf Schulen, Justiz und Verwaltung.<sup>24</sup> 1967 wurden 1,3 % des Sozialhilfebudgets für Ausländer aufgewendet, 1998 bereits 23,3 % (bei 7% Wohnbevölkerung).<sup>25</sup>

b) Ersatzzuwanderung zur Sicherung des Sozialsystems

Dieses Zahlenspiel sieht „Rentenzahler“, „Steuerzahler“ und „Arbeitnehmer“, wo es um Menschen, Kulturen und Völker geht. Ziel ist der Erhalt der Bevölkerungszahl in Deutschland. Solche Rechnungen legen quantitative Maßstäbe an und gehen von einem mehr oder weniger einheitlichen Humankapital aus.<sup>26</sup> Die UNO berechnet den Bedarf an Ersatzmigration nach Deutschland auf jährlich rund 500 000 Menschen pro Jahr.<sup>27</sup> Im Jahre 2030 würden bereits 30 Prozent der Bevölkerung in Deutschland aus Nichtdeutschen bestehen.<sup>28</sup>

Die Instabilität von heterogenen Gesellschaften in Krisenzeiten ist noch nicht ausreichend thematisiert worden. Insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Flaute kümmern sich unterschiedliche ethnische Gruppen um die Sicherung ihrer eigenen Interessen. Der Wettbewerb um begrenzte Ressourcen (Arbeitsplätze, Sozialleistungen) wird nicht nur individuell, sondern auch kollektiv geführt. In Gesellschaften mit größeren Bevölkerungsgruppen, die aus sogenannten Schuldzuweisungskulturen (*blame cultures*) stammen, entsteht in Krisenzeiten viel schneller die Frage „Wer hat uns dies angetan?“ anstelle von

„Was haben wir falsch gemacht?“. Der Verlust an Konsensfähigkeit bedroht somit auch die Grundvoraussetzung für eine zukünftig erfolgreiche Wirtschaft, nämlich die dauerhafte politische Stabilität.

Die hohe Arbeitslosigkeit der Ausländer insgesamt und insbesondere ganz bestimmter ethnischer Gruppen kann in vielen Bereichen gerade auf kulturspezifische Auffassungen zurückgeführt werden: Verhältnis von Leistung zur Belohnung, Bildungs- und Berufsziele, Integrationshürden unterschiedlichster Art.

– Sprachdefizite, als wesentlicher Bestimmungsfaktor in Bildungs- und Berufswesen, sind unter der dritten Generation der Türken stärker vertreten als unter den vorherigen, obwohl das Integrationsangebot für die Jüngeren weitaus umfangreicher ist.

– Zuwanderer der zweiten und dritten Generationen zeigen wenig berufliche Mobilität. Viele Angehörige dieser Generationen möchten nach wie vor ähnliche Berufe wie ihre Eltern ausüben.<sup>29</sup> Diese Berufe sind jedoch die der *rust economy*, gehören also aufgrund des Strukturwandels eher der Vergangenheit an und bieten daher in Zukunft immer weniger Berufsmöglichkeiten.

– In der Berufswahl ist deutlich weniger individuelle Entscheidung bei manchen Kulturgruppen zu beobachten. Im Gegensatz zu den Deutschen spielen hier noch immer die Erwartungen der Familie und der eigenen Kultur eine wesentliche Rolle.

– Dazu kommt das niedrige Niveau der Schulabschlüsse vieler Jugendlicher ausländischer Herkunft, der Abstand zu den deutschen Jugendlichen hat sich nicht verringert.<sup>30</sup>

Auch hier ist der Begriff „Ausländer“ in der Untersuchung eine unzulässige oder zumindest unzureichende Verallgemeinerung. Schon das Bildungsverhalten zeigt starke nationale Unterschiede, und allein dadurch ist die Tendenz vieler Kommentatoren, ungünstige Entwicklungen grundsätzlich einer strukturellen Benachteiligung zuzuschreiben, nicht richtig.<sup>31</sup> Ethnische Unterschiede bestehen beispielsweise auch in der Arbeitslosenquote, wo Türken (23,6 %),<sup>32</sup> Marokkaner (18 %), Griechen (17,8 %) und Italiener (17,7 %) die dominanten Gruppen ausmachen. Die Arbeitslosenquoten von EU- und von Nicht-EU-Ausländern stehen im Verhältnis von 15,2 % zu 22,8 %.<sup>33</sup>

Erfahrungen aus den USA verweisen auf mögliche unerwünschte Entwicklungen, etwa auf die Bildung einer Unterschicht, die ethnischen Kriterien folgt, so in den von lateinamerikanischer und mexikanischer Zuwanderung betroffenen Staaten wie Kalifornien.<sup>34</sup> Auch hier findet sich oft noch die Erklärung einer „strukturellen Benachteiligung“. Francis Fukuyama faßt jedoch drei Jahrzehnte der Forschung in diesem Bereich mit anderem Schwerpunkt zusammen: „Die Wurzeln von wirtschaftlichem Verhalten liegen im Bereich des Bewußtseins und der Kultur“, wobei Fukuyama zur Stützung dieser These noch hinzufügt: „Man muß nicht weiter schauen als bis zu den Leistungen der vietnamesischen Einwanderer im US-Schulsystem im Vergleich

zu ihren schwarzen oder hispanischen Klassenkameraden, um zu erkennen, daß Kultur und Bewußtsein absolut entscheidend sind in der Erklärung nicht nur wirtschaftlichen Verhaltens.<sup>35</sup>

Daß die Zuwanderung ungebildeter Arbeitskräfte für eine Hochtechnologiegesellschaft nicht unbedingt von Vorteil ist, wird mittlerweile in Politik und Wirtschaft breit diskutiert und auch von überzeugten Marktwirtschaftlern bestätigt. Die *Green Card* für ausländische Computerspezialisten ist nichts anderes als eine Forderung nach selektiver Zuwanderung. In der Praxis bedeutet das aber auch, daß herangebildete Fachkräfte aus den Entwicklungsländern herausgezogen werden, obwohl sie gerade dort dringend gebraucht werden. Diese Entwicklung wird daher nicht ganz zu Unrecht von manchen als „die neue Ausplünderung der Dritten Welt“ beschrieben.<sup>36</sup>

Hinzu kommt, daß sich deutsche Firmen ihrer sozialen Verantwortung einer Berufsausbildung entziehen und sich dem billigeren externen Arbeitsmarkt zuwenden.<sup>37</sup>

Von Bereicherung durch Migration kann in der gegenwärtigen Situation nur gesprochen werden, wenn damit ganz besonders erfolgreiche ethnische Gruppen gemeint sind. Beispiele sind die Sikhs in Kanada oder die Inder, Chinesen und Koreaner in den USA. Es ist wichtig, auch in dieser Frage differenziert mit dem Begriff Zuwanderung umzugehen.

Außerdem müssen längerfristige Maßstäbe zur Beurteilung angelegt werden. So kann man bei den Türken in Deutschland das aktivste Existenzgründerverhalten unter allen Einwanderungsgruppen beobachten.<sup>38</sup> Während dies oft positive Betonung findet, wird selten darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Partizipation am Wohlstandsverhalten nicht zwangsläufig der Integration gleichzustellen ist. Im Gegenteil, es gibt Anzeichen dafür, daß wirtschaftliche Aktivität nur beschränkt integrative Eigenschaften fördert. Denn ein signifikanter Teil des türkischen Unternehmertums ist in Gewerbebereichen vorzufinden, deren primären Markt die eigene Ethnie darstellt. Außerdem werden auch Arbeitsplätze ethnisch besetzt. Man kann es unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten begrüßen, daß sich die Zahl ausländischer Selbstständiger in den letzten 30 Jahren versiebenfacht hat. Vom Standpunkt der Integration aus muß man feststellen, daß die Tätigkeitsbereiche erstens schwerpunktmäßig angesiedelt sind (mit Tendenzen zur Ghettoisierung), und daß zweitens die Neugründung von Unternehmen auch eine Steigerung der Nachfrage nach Personal aus der eigenen Ethnie nach sich zieht.<sup>39</sup>

Künftig wird sich zeigen, ob der wirtschaftliche Beitrag der türkischen Diasporagemeinde in Deutschland wirklich als positiver Faktor gewertet werden kann. Die wachsende Anzahl türkischer Unternehmen, die – wie die Yimpas-Kette – nach islamischen Prinzipien wirtschaftet und deren Zielgruppe gläubige Muslime sind,<sup>40</sup> kann zwar kurzfristig und wirtschaftlich positiv bewertet werden. Sie enthält allerdings – wie bereits gezeigt – Konfliktpotential und kann

mittel- bis langfristig die wirtschaftlichen Spielregeln beeinflussen oder als „Verstärker“ für zukünftige ethnonationalistische Forderungen dienen.

In allen bereits genannten Bereichen finden sich kaum Anzeichen einer nachhaltigen Bereicherung für das Einwanderungsland. Im Kontext der Globalisierung und mit Blick auf den weltweiten Vorrangstatus der USA muß trotzdem noch einmal nach möglichen Vorteilen einer wachsenden Vielfalt innerhalb von Gesellschaften gefragt werden.

Die Kosten des sogenannten *Diversity Managements* betragen jährlich für US-Staat und Privatsektor zusammengerechnet 130 Milliarden US-Dollar. Darin sind Integrationsprogramme und soziale Experimente jeglicher Art enthalten, deren ausgesprochenes Ziel es ist, das Konfliktpotential am Arbeitsplatz und in der Schule zwischen den jeweiligen Gruppen zu reduzieren. Diese Summe wäre dann eine wirkliche Zukunftsinvestition, wenn entsprechende Fortschritte beobachtet werden könnten. Dies ist jedoch nicht der Fall. Langzeitstudien belegen, daß sich die Beziehungen zwischen den Rassen und Ethnien in den USA zwischen 1970 und 2000 verschlechtert haben,<sup>41</sup> oftmals gerade wegen der aufgezwungenen Integrationsmaßnahmen. Daraus läßt sich schlußfolgern: Wo solche Maßnahmen benötigt werden, ist die Integration bereits gescheitert.

Die Hoffnung auf Zuwanderung als „Impuls“ beruht auf Wunschdenken und kurzfristigen Vorteilen. Solche Vorteile schöpft die US-Wirtschaft vor allem seit dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ab, indem sie die Migranten ausbeutet; und so betrug der Anteil der hochqualifizierten Zuwanderer zwischen 1995 und 1998 immerhin 24 %.<sup>42</sup>

Das endgültige Resultat der Zuwanderung wird jedoch weniger an den konjunkturellen *Boom*-Zeiten gemessen als an den wirtschaftlichen Flauren und Krisen. So erklärt der Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt: „Es gibt die schöne Idee, daß Immigranten ihre Kultur behalten und sich als deutsche Türken oder deutsche Nigerianer fühlen sollen, weil das unsere Kultur bereichert. Das ist sehr naiv. In Krisenzeiten hat man dann Solidargemeinschaften, die ihre Eigeninteressen vertreten und um begrenzte Ressourcen wie Sozialleistungen, Wohnungen oder Arbeitsplätze konkurrieren. Das stört natürlich den inneren Frieden.“<sup>43</sup>

Bestätigt wird diese Auffassung durch die Asienkrise 1998: Im homogenen Südkorea reagierte die Bevölkerung auf die Krise, indem sie durch freiwilliges Spenden des Familienschmucks die Landeswährung stützte. Im heterogenen Indonesien brachen soziale Unruhen aus: Dort war die wirtschaftlich erfolgreiche chinesische Minderheit zunächst wieder einmal der Gewalt der Restbevölkerung ausgesetzt. Alte ethnische Bruchlinien erwiesen sich als sehr langlebig, dies trotz des als vorbildlich bezeichneten Wirtschaftsaufschwungs des Vielvölkerstaates. In den wirtschaftlich schlechten Zeiten neigen multikulturelle Staaten zur Instabilität und Desintegration. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß Deutschland diesbezüglich eine Ausnahme bilden könnte.

### 3. Multikulturalismus

In Deutschland löst bereits der Begriff einer „Leitkultur“ Streit mit Vorwürfen bis hin zum Faschismusverdacht aus. Die Punkte 1. und 2. dieser Studie haben aber gezeigt, daß eine realistische Einschätzung der Situation aus staatspolitischer Sicht dringend notwendig ist. Im Weg steht einer sachlichen Diskussion bisher noch immer der ideologische Umgang mit dem Begriff „Multikulturalismus“.

Der Begriff wird insgesamt in drei Varianten verwendet:

a) beschreibend stellt er das Vorhandensein verschiedener ethnischer Gruppen innerhalb desselben Staates fest.

b) programmatisch deutet er auf bestimmte Initiativen hin, deren Ziel es ist, bestehende ethnische Spannungen in einem Staat zu entschärfen.

c) ideologisch umfaßt er alle sozialen Theorien und moralischen Suggestionen, bei denen Gruppen- und Individualrechte auf einer Stufe stehen und auf einen die verschiedenen Ethnien übergreifenden werte- und verfassungspatriotischen Konsens abzielen.<sup>44</sup>

In der Praxis hat das eine völlig unterschiedliche Handhabung des Multikulturalismus zur Folge. In den USA treten Multikulturalisten inzwischen nicht nur gegen kulturelle Assimilation auf, sondern auch gegen die Integration.<sup>45</sup> In Europa sehen viele Multikulturalisten die Integration zugewanderter Ethnien mittlerweile als problematisch an, teilweise, weil sie offensichtlich gescheitert ist.<sup>46</sup> Während das Entstehen einer neuen Mischidentität zumindest noch als wünschenswert erachtet wird, lehnen die davon betroffenen Migranten diese zum Schutz der eigenen Kollektividentität oft energisch ab.<sup>47</sup>

Zu den ironischen Seiten der Ideologie des Multikulturalismus gehört es, daß ihre Toleranzvorstellungen zum integralen und singulären Bestandteil einer bestimmten Kultur gehören, nämlich der modernen, westlich-abendländischen. Das multikulturelle Denken ist deshalb selbst zutiefst eurozentristisch und setzt einen Grad an Toleranz voraus, der ein spezifisches Produkt der europäischen Entwicklung von fünf Jahrhunderten ist.

Auf die von ihnen nicht erwarteten Konfliktsituationen und -potentiale reagieren die Anhänger des Multikulturalismus auf zwei unterschiedliche Arten: Der ideologisch verhärtete Teil streitet solche negativen Auswirkungen kategorisch ab. Eine andere Gruppe behält ebenfalls die ideologische Ausrichtung bei, macht jedoch angesichts der offensichtlichen Probleme inzwischen Lösungsvorschläge.

## 4. Denkfehler und verhärtete Ideologie

Der Bereich des ideologischen Glaubens an den bereits eingetretenen Erfolg des eigenen Modells ist wissenschaftlich wenig interessant, da die Argumente und Gegenargumente längst ausgetauscht sind. Um so verblüffender ist die Hartnäckigkeit, mit der gewünschte Entwicklungen in die Wirklichkeit hineingelesen und als Erfolg gewertet werden. Die vorliegende Studie konzentriert sich daher auf die weiter fortgeschrittene Diskussion zu Fragen der Korrigierbarkeit von offensichtlichen Fehlentwicklungen. Auf die ideologisch verhärteten Argumente sei nur kurz eingegangen.

4.1. Integrationsfortschritt durch Globalisierung

4.2. Integrationsfortschritt als unumkehrbarer Gewinn.

4.3. Die USA als Erfolgsmodell und Vorbild

### 4.1. Integrationsfortschritt durch Globalisierung

Die These, daß der technologische Fortschritt, vor allem dessen Einwirkung auf die Kommunikationswege, die Welt zusammenbringt und das Verständnis für den anderen fördert, enthält eine selten erwähnte Schattenseite. In der Tat ermöglichen es gerade diese technologischen Fortschritte ethnischen Minderheiten, den Kontakt zur eigenen Volks- und Kulturgruppe nachhaltiger zu pflegen als dies früher möglich war. Dies wirkt sich aber als integrationsfeindlicher Faktor aus, da Nachrichten und politische Entwicklungen des Ursprungslandes besser und häufiger wahrgenommen werden können als bisher. Untersuchungen des Zentrums für Türkeistudien zufolge schauen türkische Jugendliche in Deutschland via Kabel und Satellitenfernsehen fast ausschließlich türkische Programme.<sup>48</sup> Die deutschen Sprachkenntnisse der dritten und vierten Generation Türken in Deutschland sind – wie erwähnt – schlechter als die der zweiten Generation.

### 4.2. Integrationsfortschritt als unumkehrbarer Gewinn

Kulturell homogene Gesellschaften können sich auf die stabilisierenden Eigenschaften des solidarisch-gemeinschaftlichen Gefühls der „nationalen Familie“ berufen, in denen die Unterschiede relativ klein bleiben. Global betrachtet sind sie auch erfolgreicher. Die Gegenwart inkompatibler Minderheiten reduziert die Entscheidungskompetenz einer Regierung, und zwar im Rahmen von Legitimationskrisen, die durch den ethnischen Selbstbestimmungsdrang entstehen. Die Entfaltung der jeweiligen kulturellen Gruppe kann nur noch mit Rücksicht auf die anderen geschehen. Dies erhöht das Konfliktpotential allein dadurch, daß normale Sachfragen durch die einzelnen Volksgruppen interessenspolitisch beurteilt und aufgewertet werden. Der Staat wird gezwungen,

immer wieder den Forderungen und Gegenforderungen unterschiedlicher Gruppen mit konfliktregulierenden Ordnungsmaßnahmen entgegenzutreten. Frustration bei staatlichen Stellen und Radikalisierung innerhalb der Ethnien können die Folge sein.

Resistent gegen solche Erfahrungen sind ideologisch voreingenommene Wissenschaftler und gesellschaftliche Meinungsmacher, die das gewünschte Ideal unbedingt für realisierbar halten. Dieses Eintreten für eine multikulturelle Zukunft wird begleitet von einer Weigerung, Gegenargumente zu hören und an der Wirklichkeit zu überprüfen. Wer Thesen zu den Themen Kulturkampf oder Inkompatibilität aufstellt oder über die fortgeschrittene Ethnisierung der deutschen Großstädte schreibt, hört den Vorwurf, daß dadurch erst polarisiert werde, ethnische und kulturelle Fronten also erst geschaffen würden.

Selbst die Formulierung einer Leitkultur, in die hineinintegriert werden könnte, steht noch aus oder wird von Multikulturalisten wie Rudolf Burger als „falsche Wärme“ disqualifiziert, weil ein Teil dieses Bekenntnisses automatisch abgrenzend wirkt. Selbstdefinition ist jedoch ein Merkmal jeder Gruppe, natürlich liegt darin schon die Ausgrenzung. Auch die Familie grenzt andere aus, und Eibl-Eibesfeldt stellt zurecht die Frage, ob man dann auch hier von „falscher Wärme“ sprechen wolle.<sup>49</sup>

In der Praxis verweisen Multikulturalisten oft auf sogenannte „multikulturelle Wohngebiete“ als Beweis für eine mögliche und friedliche Koexistenz. Tatsächlich sind solche Gebiete nicht nur verhältnismäßig instabil, sondern befinden sich auch meist im Umbruch, spiegeln eine Transformationsphase wieder, an deren Ende die zahlenmäßig dominante Gruppe den „Charakter“, d.h. das kulturelle Klima der Gegend, bestimmt. Die sehr gut dokumentierte Stadtflucht – durch die Rassendynamik in den USA dort auch als *White flight* bekannt, – ist inzwischen auch in europäischen Ländern weitverbreitet; in ihrer Folge bilden sich immer mehr Ghettos trotz einer Vielzahl sozialer Experimente.

Auch bereits erfolgte Assimilation und Integration kann sich zurückbilden. So verfügen inter-ethnische Freundschaften, Ehen und politisch bewußt multikulturell orientierte Gruppierungen offenbar nicht über genügend Einfluß, um Radikalisierung, Polarisierung und das allgemein vorhandene Konfliktpotential nennenswert zu verringern. So betrug beispielsweise der Anteil der Mischehen in Sarajevo vor dem Ausbruch der Gewalt immerhin 25 %. Multi-ethnische Verbände wie das *Civic forum* hielten Friedensdemonstrationen ab und betonten vergebens die gegenseitige Abhängigkeit und den Willen zur Toleranz.<sup>50</sup> In Ruanda spaltete sich selbst die Katholische Kirche nach ethnischen Gesichtspunkten auf. Katholische Priester waren am Massenmord der Tutsi-Minderheit aktiv beteiligt, ohne dabei von der integrativen Macht einer multi-ethnischen Religion wie dem Christentum abgehalten zu werden.<sup>51</sup> Ethnische

Loyalitäten durchdringen alle gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen. Aufgrund der Erfahrungen mit ethnischen Konflikten wird inzwischen auch von Befürwortern multikultureller Gesellschaften akzeptiert, daß eine anscheinend gelungene Integration in Krisenzeiten entlang ethnischer Linien aufbrechen kann.<sup>52</sup>

#### 4.3. Die USA als Erfolgsmodell und Vorbild

Die USA dienen weniger den Befürwortern als den Kritikern der multikulturellen Gesellschaft als Beispiel. Ethnische Siedlungsmuster und Arbeitsteilung oder ethnische Wählerverhalten gehören zum Alltag der USA. Rassengewalt, vor allem gegen Koreaner und Juden, geht – entgegen dem gängigen Medienbild – sehr stark von der afroamerikanischen Bevölkerungsgruppe aus. Die Mitgliedschaft der radikalen *Nation of Islam* übertrifft die gesamte Mitgliedschaft aller anderen radikalen Bewegungen in den USA. Insgesamt gehören etwa 8.000 Weiße einer sogenannten „Haßgruppe“ (*hate group*) an, während es auf afroamerikanischer Seite 150.000 Personen sind. 1992 stellte eine Umfrage der *Anti-Defamation League* fest, daß 17 % der weißen US-Bürger antisemitische Ansichten vertreten, unter Afroamerikanern hingegen diese Zahl bei 37 % liegt. Während unter Weißen diese Quote über Jahre hinweg konstant sinkt, ist unter Afroamerikanern genau das Gegenteil der Fall, der Antisemitismus steigt kontinuierlich.<sup>53</sup>

Diese antisemitische Einstellung ist zumindest teilweise eine der ungewollten Nebenwirkungen linker Erklärungsmuster: Wer von struktureller Benachteiligung ganzer Bevölkerungsgruppen spricht, weckt zum einen die Bereitschaft, das eigene Scheitern immer anhand des Erfolgs anderer zu erklären. Des weiteren wird so eine Konkurrenzsituation entlang ethnischer Linien zementiert. Die andere Bevölkerungsgruppe ist dann nicht durch Fleiß und Selbstdisziplin zum Erfolg gekommen, sondern grundsätzlich nur auf Kosten anderer. Weil amerikanische Juden in den Bereichen der Medizin, Justiz und Unternehmerschaft überrepräsentiert sind, wird ihnen hier unfairer Vorteil unterstellt.

Auch Koreaner wurden nicht erst durch die Unruhen in Los Angeles 1992 das Ziel schwarzer Gewalttäter. Schon 1988 und 1990 boykottierten Afroamerikaner koreanische Geschäfte in Brooklyn mit der Parole „*Pass them by, let them die. Koreans out of Bed-sty.*“ Der wirtschaftliche Erfolg der Koreaner wurde bei solchen Anlässen auch als „Rassismus“ bezeichnet. Terror gegen Koreaner betrifft auch andere Großstädte wie Washington D.C., Philadelphia und Chicago. Tatsächlich standen 1987 schon 350.000 asiatische US-Unternehmen mit \$ 33 Milliarden Umsatz den 420.000 afroamerikanischen Unternehmen mit \$ 19 Milliarden Umsatz gegenüber. Bemerkenswert scheint dabei die Tatsache, daß Asiaten zu dem Zeitpunkt lediglich 3 % der Bevölkerung ausmachten und 60 % der schwarzen Unternehmen fast ausschließlich auf Regierungsverträge rechneten.<sup>54</sup>

Nach Angaben des US-Justizministeriums sind rund 20 % der Gewaltstraftaten rassistisch motivierte Taten. Fast 90 % der Opfer rassistischer Gewalt sind jedoch weiß, so eine Studie über den Zeitraum 1973 bis 1993. Zwischen 1964 und 1995 fanden in den USA insgesamt 25 Millionen gewaltsame, interethnische Straftaten mit insgesamt 45.000 Toten statt.<sup>55</sup> Dabei werden laut Justizministerium 85 % aller rassistischen Gewalttaten in den USA von Afroamerikanern verübt.<sup>56</sup>

Nicht nur die Gewaltstatistik zeigt ein zunehmend uneiniges Amerika. Auch die Leistungsdiskrepanz im Bildungsbereich, vor allem bei den Maßnahmen zum Ausgleich, verweist auf die Probleme einer multikulturellen Gesellschaft: Sie verlaufen deutlich entlang ethnischer Gruppen. Das allgemeine Bildungsniveau, das dem kleinsten gemeinsamen Nenner folgt, entfernt sich immer weiter von seinem westlichen Ursprung und damit vor allem vom Leistungsdenken.<sup>57</sup> Seit Anfang der sechziger Jahre fallen die erreichten Punkte auf dem *Scholastic Aptitude Test (SAT)* nicht nur kontinuierlich, der Test selbst ist inzwischen wiederum in den Verdacht geraten „eurozentrisch“ zu sein, obwohl Asiaten in ihm am besten abschneiden. Weder das Bildungsbudget noch die Klassengrößen kommen als Ursachen in Frage. Die Schüler Südkoreas standen unter 45 Ländern an zweiter Stelle in Mathematik, obwohl dort die Schulklassen über 40 Schüler umfassen.<sup>58</sup> Dies führt wiederum zu der Schlußfolgerung, daß kulturell bestimmte Einstellungen zum Thema Bildung wichtiger sind als die Ressourcen, die zur Verfügung stehen.

Viele amerikanische Innenstädte befinden sich im Verfall, die Wohngebiete sind am Ende des 20. Jahrhunderts stark segregiert (also nach ethnischer Zugehörigkeit aufgeteilt). Hochhäuser haben Sicherheitssysteme, die als „Belagerungsarchitektur“ gelten.<sup>59</sup> Der Umsatz der Sicherheitsindustrie liegt bei ungefähr \$ 100 Milliarden, 1,6 Millionen Sicherheitsleute übertreffen die aktive Truppenstärke des US-Militärs.<sup>60</sup> Die USA zeigen sich so insgesamt als ein Musterbeispiel fortgeschrittener Desintegration.

## 5. Denkfehler in Korrekturmodellen

Obwohl sich die Erwartungen an die multikulturelle Gesellschaft weitestgehend nicht erfüllt haben, und die negativen Folgen der massenhaften Zuwanderung selbst von ihren Befürwortern wahrgenommen werden, wird das Denkmodell insgesamt nicht in Frage gestellt. Vielmehr suchen die weniger orthodoxen Anhänger des Multikulturalismus nach Korrekturmodellen. Sie prägen die täglichen Bemühungen um ein friedensbewahrendes *social engineering*. Die Finanzierung dieses Dauermanagements gehört zur Kategorie der versteckten Kosten des multikulturellen Experiments. Zwei Modelle werden kurz beleuchtet:

5.1. Mehr persönlicher Kontakt soll zu größerem Verständnis zwischen den Gruppen führen.

5.2. Ökonomische Maßnahmen sollen ethnische Konflikte verhindern oder regulieren.

### 5.1. Verständnis durch Kontakt

Versuche, mittels Erhöhung der Zahl der persönlichen Kontakte zwischen Mitgliedern der unterschiedlichen Gruppen eine permanente Besserung der Beziehungen zu bewirken, haben meist zum Gegenteil geführt, nämlich zu einer weiteren Verschlechterung. Der Abbau von Vorurteilen wurde zwar erreicht, jedoch meist im gegenteiligen Sinn: Vorurteile erwiesen sich als zutreffend und verstärkten sich, wurden dann als Erfahrung abgebucht und führten so zu einem Zuwachs an Legitimation.<sup>61</sup> Zwischen Serben und Kroaten, Flamen und Wallonen, Quebecois und Anglikanadiern wurde eine Steigerung der Konfliktbereitschaft beobachtet, nachdem zuvor Kontakte gefördert worden waren, die gegenseitiges Mißtrauen abbauen sollten.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang wiederum, daß nicht die Meinung der Bürger in den Nobelvierteln oder der Studenten auf den Universitäten ausschlaggebend ist für das Gelingen einer Integration. Vielmehr sind es die Arbeiterschichten, die sich in der Rolle der Integratoren befinden.<sup>62</sup>

### 5.2. Regulierung durch ökonomische Maßnahmen

Der Konfliktforscher Walter Connor vertritt die Auffassung, daß marktwirtschaftliche Kräfte einen wichtigen Gegenpol zu ethnonationalistischer Dynamik bilden können: Zusammenhörigkeitsgefühle werden durch selbstbezogene, materialistisch orientierte Ziele ersetzt.<sup>63</sup> Ökonomischer Fortschritt überbrückt demzufolge kulturelle Unterschiede und Staatsgrenzen, bringt unterschiedliche Menschen und Völker zusammen im gemeinsamen Streben nach Wohlstand und wirtschaftlichem Fortschritt.<sup>64</sup> Diese Annahme überschätzt den Einfluß des Materiellen auf die Menschheit. Bereits die darin enthaltene Annahme ist falsch,

daß die Ursachen ethnischer Spannungen fast ausschließlich im ökonomischen Bereich wurzeln.

Wenigstens zwei wichtige Faktoren dürfen dabei nicht vergessen werden:

5.2.1. Einfluß der Kultur auf ökonomische Entwicklungen,

5.2.2. Inhärenter Wettbewerb im ökonomischen Alltag.

### *5.2.1. Einfluß von Kultur auf ökonomische Entwicklungen*

Historisch betrachtet ist es nicht überall üblich, daß Menschen aufgrund von objektiven Leistungskriterien ihren gesellschaftlichen Status erlangen. Vor allem entlang der Entwicklungsperipherie ist es vielmehr meist eine Frage des vererbten Status. Viele solcher Gruppen, die inzwischen im Entwicklungskern angesiedelt sind, wehren sich sogar zunehmend gegen die in den entwickelten Ländern überwiegenden objektiven Auswahl- und Belohnungskriterien. Sie empfinden dies oft als ungerecht oder sehen die höhere soziale Mobilität anderer Gruppen als Bestätigung ihrer vermeintlichen Benachteiligung und Diskriminierung an.<sup>65</sup>

Maßnahmen wie Quotenregelungen und andere sogenannte *Affirmative action*-Programme, die eine künstliche Gleichheit herstellen sollen, werden immer stärker eingesetzt in Ländern, in denen ethnische Gruppen politischen Druck ausüben, um leichten Zugang zu Ressourcen zu erzwingen. Dadurch werden objektive Leistungs- und Fähigkeitskriterien immer stärker als „eurozentrisch“ abgestempelt. So werden beispielsweise standardisierte Qualifikationstests angegriffen, weil sie auf kollektive Unterschiede in Fähigkeiten und Leistungen verweisen würden.<sup>66</sup> Quotenregelungen in den USA werden fast ausschließlich von Afro- und Lateinamerikanern für die eigene Ethnie gefordert, während Amerikaner asiatischer Abstammung mühelos die vermeintlich „eurozentrischen“ Leistungskriterien erfüllen und in den naturwissenschaftlichen Fakultäten sogar Vorreiterpositionen einzunehmen beginnen.

Insofern wirken sich die Unterschiede zwischen Leistungs- und Statuskultur bis in die Schulsysteme der Einwanderungsländer aus.

### *5.2.2. Inhärenter Wettbewerb im ökonomischen Alltag*

Ethnische Gruppen verfügen über unterschiedliche Auffassungen zu Themen wie Zeit, Zielvorstellung und Prioritätensetzung. Im wirtschaftlichen Wettbewerb kann dies zu entscheidenden Nachteilen oder besseren Startbedingungen führen. Gerade der Umgang mit dem Faktor Zeit und dem damit zusammenhängenden Dringlichkeitsgefühl beeinflusst nachhaltig die Produktivität und markiert damit immer wieder Bruchlinien zwischen Gruppen. Einige Kulturen betonen in ihren jeweiligen Zeitbegriffen soziale Beziehungen (Teile Afrikas), andere betonen religiöse Interessen (Islam), während andere Kulturen wiederum ihren Zeitbegriff auf Fortschritt und damit auf Ökonomie beziehen.<sup>67</sup>

Interethnische Kontakte zwischen Gruppen, die in der sehr wettbewerbsintensiven ökonomischen Marktwirtschaft konkurrieren, können auf Dauer die Gruppenbeziehungen nur verschlechtern. Deshalb sind es gerade multi-ethnische Staaten, in denen wirtschaftliche Krisen leicht zu ethnischen Konflikten führen. Experten wie Eibl-Eibesfeldt und Hettne deuten auch immer wieder auf die vergleichsweise hohe Intensität und Nachhaltigkeit solcher Konflikte hin.<sup>68</sup>

## 6. Die Zukunft: Eigenschaften der neuen Gesellschaft

Städte wie München und Frankfurt am Main werden in absehbarer Zeit, bis zum Jahre 2030 nämlich, eine deutsche Minderheit haben und daher auch die Symptome einer Konfliktgesellschaft tragen. Starke ethnische Gruppen berufen sich dabei im Wettbewerb um die Innenstädte auf Werte wie Toleranz und Demokratie, obwohl manche von ihnen den damit verbundenen und aus ihrer Sicht „weichen“ Eigenschaften traditionell eher ablehnend gegenüberstehen. Jedoch wird der hohe Stellenwert dieser Prinzipien im Einwanderungsland richtig eingeschätzt und als taktisches Mittel genutzt. Auch deswegen ist Deutschland ein besonders beliebtes Zielland der Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge: Sie erwarten nicht nur eine relativ großzügige materielle Ausstattung, sondern auch weitreichende Möglichkeiten zur politischen Mobilisierung. Während der Kosovokrise war Deutschland das bevorzugte Ziel der Vertriebenen, während das großzügige Aufnahmeangebot der Türkei nicht beachtet wurde. Die meisten Flüge für Flüchtlinge in die Türkei und nach Rumänien mußten wegen geringen Interesses gestrichen werden.<sup>69</sup>

Für Deutschland ist zu erwarten:

- Destabilisierung des eigenen Staates durch zahlenmäßig wachsende ethnische Minderheiten mit teilweise inkompatiblen Wertesystemen, vor allem in Bereichen wie politischer Kultur, Gewaltbereitschaft und Rechtsstaatlichkeit. Daraus entsteht eine Gefahr für die Demokratie durch Minderheiten, die aus ihren ethnisierten Enklaven heraus Ansprüche auf „Anteile“ artikulieren und nicht durch Aufrufe zum „Verfassungspatriotismus“ zu beeindrucken sind. Denn auch „Verfassungspatriotismus“ ist nicht wertneutral, beruft sich vielmehr auf ein spezifisch westliches Staats- und Demokratieverständnis. Verfassungspatriotismus kann somit die Wertebruchlinien kaum überbrücken.

- Transfer von Konflikten: Moderne multikulturelle Staaten sehen sich immer stärker genötigt, ihre Ressourcen nicht nur in entfernte ethnische Krisenherde zu investieren, sondern dieselben Krisen auch im Innern zu regeln, wobei der Aufwand sich an der demographischen Zusammensetzung messen muß. In europäischen Ländern sind Konflikte zwischen separatistischen Kurden und Türken oder zwischen Serben und Albanern keine Zukunftsszenarien mehr.

- Schwindende Handlungsfähigkeit in der Außenpolitik: Multi-ethnische Staaten im westlichen Raum, vor allem die USA als Großmacht, werden zunehmend gezwungen sein, ihre Außenpolitik mit der inneren ethnischen Situation abzugleichen. Die Haltung zu Themen wie Palästina oder Kurdistan kann direkt von starken Minderheiten im eigenen Land beeinflusst werden. Außerdem orga-

nisieren solche ethnischen Gruppen immer stärker aktive Unterstützung aus dem Gastland für ihre Heimatländer.<sup>70</sup> Ein Beispiel dafür, wie dies die westlichen Normen und das Staatsverständnis beeinflussen kann, ist der Fall Öcalan. Trotz eines Haftbefehls verzichtete die Bundesregierung auf die Auslieferung; die Furcht vor innerstaatlichem Krawall kurdischer Gruppen führte zu dieser Entscheidung.

– Senkung des Bildungsniveaus: Statistiken im Bereich Jugendgewalt deuten nicht nur auf eine zunehmende Polarisierung entlang ethnischer Linien hin. Sie verweisen indirekt auch auf eine Senkung des Bildungsniveaus. Mangelnde Sprachkenntnisse erschweren den Unterricht. Die Dynamik sogenannter „Ghettoschulen“ bietet für viele Schüler ein Klima der Unruhe und Angst. Erklärungen für Probleme im Bildungsbereich finden sich daher viel häufiger im demographischen Wandel als in Fragen des Bildungsetats oder der Klassengrößen. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland, der traditionell sein Humankapital als Ausgleich für bescheidene natürliche Ressourcen betrachtet, ist bestmögliche Bildung eine zentrale Zukunftsfrage, die nicht ohne Hinzuziehung aller wichtiger Faktoren beantwortet werden kann.

## 7. Literatur

- Birg, H.: Die Weltbevölkerung. München, 1996.
- Connor, W.: Ethnonationalism – The Quest for Understanding. Princeton, 1995.
- D'Souza, D.: The End of Racism. New York, 1995.
- Eibl-Eibesfeldt, L.: In der Falle des Kurzzeitdenkens. München, 1998.
- Ertelt, H.-J., und Schulz, W. E.: Beratung in Bildung und Beruf. Leonberg, 1997.
- Gross, M. L.: The End of Sanity. New York, 1997.
- Grossman, D.: On Killing – The Psychological Cost of Learning to Kill in War and Society. London, 1995.
- Heilemann, U./von Loeffelholz, H. D.: Ökonomische und fiskalische Implikationen der Zuwanderung. RWI-Papiere, Nr. 52, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsinstitut. Essen, 1998.
- Hettne, B.: Development Theory and the Three Worlds. New York, 1990
- Horowitz, D.: Hating Whitey and Other Progressive Causes. Dallas, 1999.
- Huntington, S. P.: The Clash of Civilisations and the Remove of World Order. New York, 1996.
- Kaplan, R.: An Empire Wilderness. New York, 1998.
- Lake, D. A./ Rothchild, D.: Containing Fear – The Origins and Management of Ethnic Conflict. In: Brown, M. E. (ed. et al): Nationalism and Ethnic Conflict. Massachusetts, 1997.
- Laquer, W.: The New Terrorism – Fanaticism and the Arms of Mass Destruction. Oxford, 1999.
- Lind, M.: The Next American Nation. New York, 1995.
- Pfeiffer, C., Enzmann, D.; Mecklenburg, E.; Wetzels, P.: Gewalterfahrung und Kriminalitätsfurcht von Schülern in Stuttgart. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Hannover, 1999.
- Sowell, T.: Race and Culture. New York, 1994.
- Sowell, T.: Barbarians Inside the Gates. New York, 2000.
- Toffler, A.: War and Anti-War. New York, 1993.
- Van Creveld, M.: The Rise and the Demise of the State. Cambridge, 1999

## 8. Anmerkungen

- 1 Birg, Die Weltbevölkerung, S. 112-114.
- 2 Schmid, J.: „Der harte Faktor der Weltveränderung: Die demographischen Entwicklungen bis zum Jahre 2050.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 24. Dezember 1999, S. 21.
- 3 *Tageszeitung*, 6. Oktober 1999, S. 3.
- 4 *Tageszeitung*, 6. Oktober 1999, S. 3.
- 5 E. Seidel, „Lügen im Namen Gottes“, *Die Tageszeitung*, 21. Februar 2000, S. 14.
- 6 Laquer, The New Terrorism, S. 228.
- 7 *Die Welt*, 26. März 1999, S. 1.
- 8 Schmid, J.: „Der harte Faktor der Weltveränderung: Die demographischen Entwicklungen bis zum Jahre 2050.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52-53/99, S. 12.
- 9 Seidel, E. „Hilft Migration der Rentenkasse?“, *Die Tageszeitung*, 7. Januar 2000, S. 5.
- 10 Vgl. „Ausländische Arbeitnehmer in Deutschland“ – Jahresbericht 1998/99 der Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung der Bundesanstalt für Arbeit, S. 3910; *Focus*, 6. November 2000, S. 49.
- 11 Vgl. „Daten und Fakten zur Ausländersituation.“ Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerangelegenheiten, 19. Auflage, Oktober 2000.
- 12 Der Einfluss von „emotionaler Distanz“ zwischen Ethnien als gewaltfördernder Faktor ist empirisch nachgewiesen. Die Dynamik von Gruppengewalt deutet auf eine besondere Anfälligkeit ethnokulturell heterogener Gesellschaften, eine ethnische Dimension anzunehmen und durch die Präsenz „der Anderen“ die Hemmschwelle zu senken (Grossman, 1996: 304).
- 13 Sowell, Race and Culture, S. 64.
- 14 Huntington, The Clash of Civilisations and the Remaking of World Order, S. 34.
- 15 BKA – Polizeilicher Kriminalbericht 1998, S. 128.
- 16 Wobei dieser Prozentsatz besonders stark auf den erheblichen kriminalstatistischen Anteil der italienischen (38 % der EU-Tatverdächtigen) und griechischen (15,3 % der EU-Tatverdächtigen) Tatverdächtigen zurückgeführt werden kann.
- 17 Für 1997 waren Deutsche im Raum Stuttgart nur zu 17 % in der Täternennung vertreten, gegenüber einem türkischen Anteil von 33,6 %. Osteuropäer kamen auf 11,7 % und andere Ausländer auf 12,6 %. 13,8 % der Opfer konnten keine Angaben zur ethnischen Herkunft der Täter machen.
- 18 Jugendliche Intensivtäter begingen in dem Studienzeitraum insgesamt 68,6 % aller Gewaltdelikte und sind zu 83 % männlich und zu 65,6 % Nichtdeutsche. Pfeiffer (et al), Gewalterfahrungen und Kriminalitätsfurcht von Schülern in Stuttgart, S. 136.
- 19 Dietrich, S. „Kurden in Celle stehen im Verdacht, Immobilien mit illegalen Geldern erworben zu haben.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. Oktober 1998.
- 20 Die Studie untersuchte 13.700 Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 17 Jahren in zwölf Ländern. Darin haben sich vor allem Jugendliche aus Puerto Rico und den USA als besonders aggressiv erwiesen. *Focus*, 12. April 1999, S. 310.
- 21 *Der Spiegel*, 14. April 1997, S. 88.
- 22 Bei inneren Wertekonflikten entsteht ein Konflikt einerseits zwischen den Erwartungshaltungen der Eltern, anderer Familienmitglieder und ethnischer Mitbürger und andererseits der Jugendlichen im deutschen Umfeld. Die daraus entstehende Entwurzelung und Bindungslosigkeit der Menschen zwischen den Mühlsteinen unterschiedlicher Kulturen kann zu Identitätsproblemen, Aggressivität und Loyalitätskonflikten führen.
- 23 Heilemann und von Loeffelholz, Ökonomische und fiskalische Implikationen der Zuwanderung, S. 14.
- 24 Sowell, Race and Culture, S. 85.
- 25 Tibi, B.: „Einwanderung statt Zuwanderung“, *Focus*, 18. September 2000, S. 102.
- 26 Der Wohlstand nimmt ab, wenn das Bevölkerungsoptimum unterschritten wird, aber allerdings auch, und dies wird seltener besprochen, wenn es überschritten wird.
- 27 United Nations (UN) Press Release DEV/2234 POP/735, 17. März 2000
- 28 Peterson, P. G.: „The Global Ageing Crisis“, *Foreign Affairs*, Vol. 78 (1), January/February 1999, S. 46.
- 29 Heilemann und von Loeffelholz, Ökonomische und fiskalische Implikationen der Zuwanderung, S. 8.
- 30 „Ausländische Arbeitnehmer in Deutschland“, Jahresbericht 1998/1999 der Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung der Bundesanstalt für Arbeit, S. 3913 – 3921.
- 31 Die spanischen Jugendlichen stellen in Schule und Beruf die erfolgreichste Ausländergruppe dar, gefolgt von Portugiesen. Griechen streben seltener als alle anderen Gruppen eine betriebliche Ausbildung an,

- während Italiener am seltensten Gymnasien anstreben und gleichzeitig häufiger Sonderschulen (Ertelt, S. 268).
- 32 Anteil der arbeitslosen Ausländer an den ausländischen Arbeitnehmern.
- 33 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 48. Jahrgang, Nummer 5, Nürnberg, 31. Mai 2000, S. 567.
- 34 Goldsborough, J. „Out-of-Control Immigration“, *Foreign Affairs*, Vol. 79 (5), September/October 2000, S. 99.
- 35 Fukuyama, F. „The End of History?“ *The National Interest*, Summer 1989, S. 7.
- 36 Schmid, J. „Der harte Faktor der Weltveränderung: Die demographische Entwicklung bis zum Jahre 2050“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52-53/99, S. 14.
- 37 Goldsborough, J. „Out-of-Control Immigration“, *Foreign Affairs*, Vol. 79 (5), September/October 2000, S. 90-91.
- 38 Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Februar 2000, S. 136.
- 39 Heilemann und von Loeffelholz., Ökonomische und fiskalische Implikationen der Zuwanderung, S. 6.
- 40 Dantschke, C., Seidel, E., und Yildrin, A. „Allah ist immer dabei“, *Die Tageszeitung*, 14. September 2000.
- 41 Sowell, *Barbarians Inside the Gates*, S. 34.
- 42 Richter, S.-G. „The Immigration Safety-Valve – Keeping the lid on Inflation“, *Foreign Affairs*, 79 (2) March/April 2000, S. 13.
- 43 Klonovsky, M. „Sagen Sie mal, Irenäus Eibl-Eibesfeldt ... Ist der abendländische Mensch vom Aussterben bedroht?“, *Focus*, 20. Mai 1996, S. 76.
- 44 Inglis, C. 1996. „Multiculturalism: New Policy Responses to Diversity“, *Management of Social Transformation (MOST) – UNESCO*, S. 7.
- 45 Der Nationalliberale Michael Lind (1995: 2) führt diese Entwicklung zurück auf eine rigorose und irrationale Ablehnung der „westlichen“ Werte der euro-amerikanischen Mehrheit.
- 46 Schumacher, H. „Zeitbomben in den Vorstädten“. *Der Spiegel*, 14. April 1997, S. 87-97.
- 47 Damirkan, R. „Respekt statt Integration“. *Der Spiegel*, 14. April 1997, S. 80-81.
- 48 *Der Spiegel*, 14. April 1997, S. 91.
- 49 Eibl-Eibesfeldt, In der Falle des Kurzzeitdenkens, S. 163.
- 50 Toffler, *War and Anti-War*, S. 278.
- 51 Kaufmann C. 1996. „Possible and Impossible Solutions to Ethnic Wars“. *International Security* 20 (4), S. 142.
- 52 Brown (ed. et al), *Nationalism and Ethnic Conflict*, S. 110.
- 53 D'Souza, *The End of Racism*, S. 402-415
- 54 Daß Afroamerikaner sich am unteren Ende der Einkommenspyramide befinden, hat offensichtlich wenig mit Rasse, Diskriminierung oder Rassismus zu tun. Vielmehr sind es kollektive Einstellungen und Ansichten, die einem Aufstieg im Wege zu stehen scheinen. 67 % der Afroamerikaner (Unter- und Mittelschichten) sehen die Schaffung von Arbeitsplätzen als primäre Aufgabe der Regierung an. Ist diese Ansicht unter den asiatischen Minderheiten in den USA kaum vorzufinden, so wird sie auch von weniger als 50 % der Euro-amerikaner der sozial untersten Schichten geteilt. Dies zeigt wiederum, Ursachen und Folgen werden nach den jeweiligen Wertesystemen interpretiert und diese scheinen nicht auf einen gemeinsamen, amerikanischen Nenner reduziert werden zu können.
- 55 Sheehan, P. „The Race War of Black Against White.“ *Sydney Morning Herald*, 20 May 1995, S. 14.
- 56 Horowitz, *Hating Whitey and other Progressive Causes*, S. 28-29.
- 57 Gross, *The End of Sanity*, S. 36-37.
- 58 Die Studie verglich die Testresultate von 500.000 Studenten aus diesen Ländern und fand starke Leistungsunterschiede, selbst zwischen Volksgruppen in europäischen Ländern. So lagen die Resultate der belgischen Flamen in Naturwissenschaft (550 Punkte) und Mathematik (565 Punkte) im Durchschnitt verhältnismäßig weit vor denen der belgischen Wallonen (jeweils 471 und 525 Punkte) (*Sunday Times*, 24 November 1996: 2).
- 59 Kaplan, *An Empire Wilderness*, S. 33.
- 60 Van Creveld, *The Rise and Demise of the State*, S. 404.
- 61 Connor, *Ethnonationalism – The Quest for Understanding*, S. 67-68.
- 62 Schmid, J. „Deutsch sein.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. Februar 1999, S. 10.
- 63 Connor, *Ethnonationalism – The Quest for Understanding*, S. 69.
- 64 Samuel Huntington spricht hier von der „Davos Kultur“.
- 65 Verdienst durch Leistung ersetzt in den entwickelten Ländern, durch den Aufstieg des Individualismus, zum größten Teil die auch hier einst allgemein verbreitete „Vetternwirtschaft“. Die „Aristokratie der

Tugenden und Talente“ sollte, so postulierte schon Thomas Jefferson, die „Aristokratie des Wohlstandes“ ersetzen. Leistung sollte den bis dahin immer noch oft vererbten Status ersetzen. Die westliche Bindung zum Rationalismus der Aufklärung verdrängte nicht nur langsam den Nepotismus, sondern ermöglichte auch wissenschaftlich die objektive Prüfung der individuellen Fähigkeit. Gerade diese Ansätze werden nun jedoch immer häufiger in Frage gestellt durch Gruppen, die darin diskriminierende Selektion und strukturelle Benachteiligung sehen.

66 D'Souza, *The End of Racism*, S 316. Sowell (1995: 76) bemerkt, daß der IQ eine bessere Andeutung für den zukünftigen Erfolg des Einzelnen ist, als die oft vorgeschobenen Faktoren, die eher das soziale Umfeld als ausschlaggebend betrachten.

67 Schoeman, S. „The Time Factor in Development.“ *Journal of Contemporary African Studies*, Vol. 7 (1/2 ), April/October 1988, S. 32.

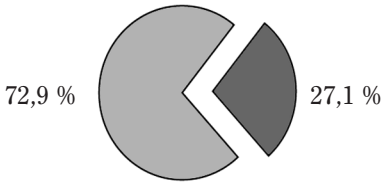
68 Hettne, *Development Theory and the Three Worlds*, S. 191-192.

69 *Süddeutsche Zeitung*, 4. Juni 1999, S. 7.

70 Huntington, S. P. „The Erosion of American National Interests.“ *Foreign Affairs*, September/October 1997, S. 39.

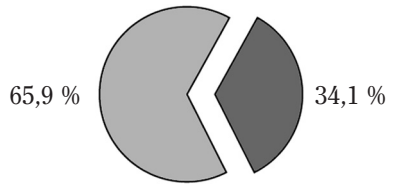
# Graphik 1

Anteil ausländischer Tatverdächtiger insgesamt und nach einzelnen Delikten.



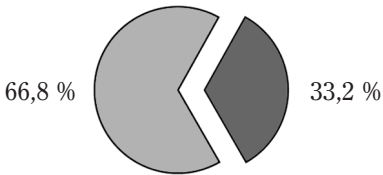
■ Nichtdeutsche  
■ Deutsche

**Straftaten insgesamt**



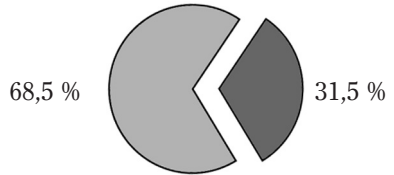
■ Nichtdeutsche  
■ Deutsche

**Mord und Totschlag**



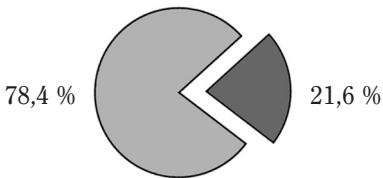
■ Nichtdeutsche  
■ Deutsche

**Vergewaltigung**



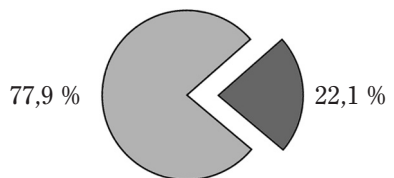
■ Nichtdeutsche  
■ Deutsche

**Raubdelikte**



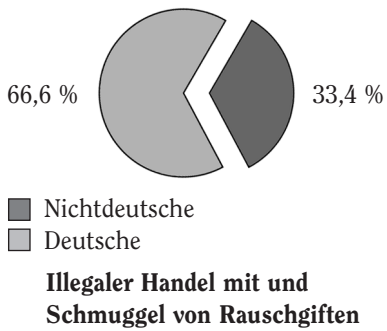
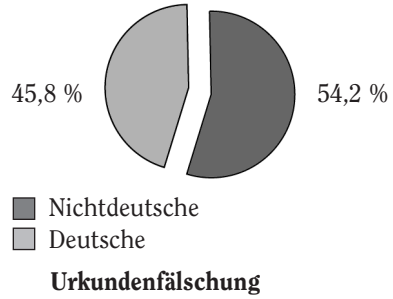
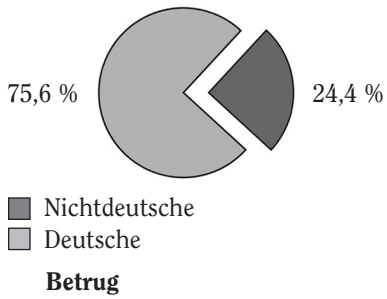
■ Nichtdeutsche  
■ Deutsche

**Einfacher Diebstahl**



■ Nichtdeutsche  
■ Deutsche

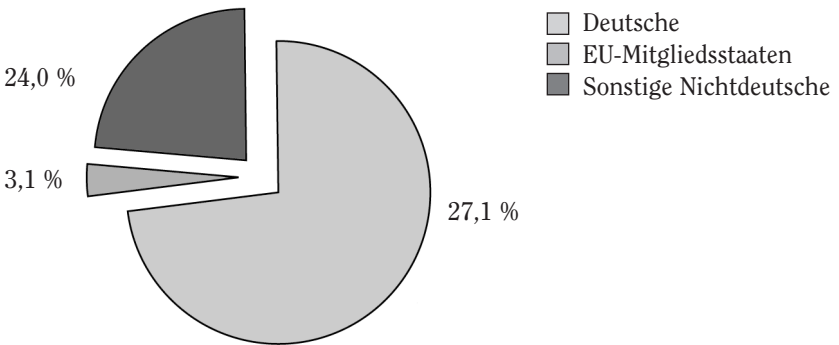
**Schwerer Diebstahl**



Quelle: PKS Berichtsjahr 1998

## Graphik 2

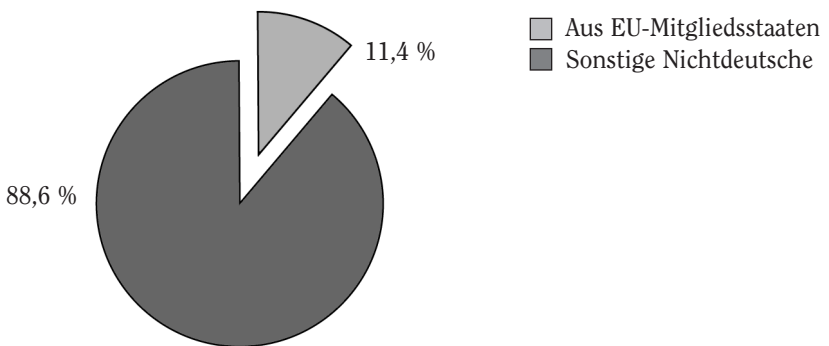
Differenzierung zwischen deutschem und nicht-deutschem Tatverdächtigen-Anteil.



## Graphik 3

Anteil an Tatverdächtigen,  
differenziert nach Herkunft aus EU- und Nicht-EU-Staaten.

(Anteil der EU-Ausländer an der ausländischen Wohnbevölkerung insgesamt: 26 %.)



Quelle: PKS Berichtsjahr 1998





Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda  
[www.staatspolitik.de](http://www.staatspolitik.de)